



<b>Einzelmaßnahme des Konsolidierungskonzeptes</b>													
<b>Jahr der Haushaltsplanung:</b>													
<b>Konsolidierungsmaßnahme Nr.:</b>													
<b>Verantwortliche Organisationseinheit:</b>													
<b>Verantwortliche Person:</b>													
<b>Produktbereich/ Produktgruppe/ Produkt:</b>													
<b>Bezeichnung der Maßnahme:</b>													
<b>Erläuterungen zur Konsolidierungsmaßnahme:</b> (konkrete Ausführungen zur Umsetzung und den Auswirkungen der Konsolidierungsmaßnahme)													
Finanzielle Auswirkungen (in T €)													
einmalig		dauerhaft											
				Planjahr	des ersten	des zweiten	des dritten	des vierten	des fünften	des sechsten	des siebten	des achten	Gesamt:
				dem Planjahr folgenden Jahres									
Erhöhung Erträge													
Reduzierung Aufwendungen													
Erhöhung Einzahlungen													
Reduzierung Auszahlungen													
<b>Organisationshoheit des Hauptverwaltungsbeamten</b>													
Nein		Ja											
<b>Beschluss der Vertretung</b>													
Nein		Ja											

<b>Übersicht über den Stand der Umsetzung von bereits beschlossenen Maßnahmen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes</b>							
	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Produkt</b>	<b>Maßnahme Nr.</b>	<b>Bezeichnung der Maßnahme</b>	<b>Planansatz</b>	<b>tatsächl. finanzielle Auswirkung (in T €)</b>	<b>Stand der Umsetzung (ggfs. Abweichungen bzw. Gründe für die Nichtdurchführung einer Konsolidierungsmaßnahme)</b>
<b>I. Aufwendungen/ Auszahlungen</b>							
<b>II. Erträge/ Einzahlungen</b>							

Anlage 4

## Handlungsoptionen für Kommunen zu Einsparungen an Aufwand und Auszahlungen sowie zu Verbesserungen von Erträgen und Einzahlungen

Produkt- klasse	Produktbereich/ Produktgruppe/ Produkt	Thema	Maßnahme
1 Zentrale Verwaltung			
	11 Innere Verwaltung		
	1111 Steuerung der Verwaltung		
	1111	Sitzungseinberufung	Elektronische Einberufung samt Unterlagenversand zu Sitzungen (§ 53 Abs. 4 KVG LSA), Umstellung auf digitale Vertretungsarbeit mit webbasierendem Vertretungsinformations-Portal
	1111	Ausschüsse	Verkleinerung oder Zusammenlegung von Ausschüssen (§§ 46,47 KVG LSA)
	1111	Ortschaftsräte	Verkleinerung von Ortschaftsräten (§ 83 KVG LSA)
	1111	Verdienstausfall	Höchstgrenzen maßvoller Verdienstausfallpauschalen durch Satzung bestimmen (§ 35 Abs. 1 KVG LSA)
	1111	Aufwandsentschädigung	Aufwandsentschädigungen am unteren Rand der Erlasslage festsetzen (§ 35 Abs. 2 KVG LSA)
	1111	Fraktionen	Fraktionszuschüsse auf das unabdingbare Maß reduzieren
	1111		Keine Haftung für Fraktionsverbindlichkeiten übernehmen
	1111	Sitzungen	Reduzierung der Sitzungen von Vertretung und Ausschüssen auf das unbedingt nötige Maß (§ 53 Abs. 3 KVG LSA)
	1111	Protokoll	Protokollierung von Sitzungen auf Mindestinhalt beschränken

			(§ 58 Abs. 1, 4 KVG LSA)
	1111	Beschlussvorlagen	In Beschlussvorlagen mögliche Alternativen mit Vor- und Nachteilen und (langfristigem) Ertrag/ Aufwand unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung zur wirtschaftlich fundierten Entscheidungsfindung darstellen (§ 65 Abs. 1 KVG LSA)
	1111	Bekanntmachungsblatt	Amtliches Bekanntmachungsblatt durch Werbemöglichkeit im Lokalteil rentierlich gestalten, Veröffentlichungen im Amtsblatt des Landkreises
	1111	Gleichstellungsbeauftragte	Hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte bedarfsabhängig ggfs. in Teilzeit beschäftigen
	1111		Aufgaben Datenschutz-, Gleichstellungs-, Behinderten-, Senioren- und Integrationsbeauftragte ggfs. in einer Person verbinden; interkommunale organisieren
	1111	Öffnungszeiten	Öffnungszeiten der Verwaltung bedarfsabhängig beschränken, Schließung an Brückentagen
	1111	Bürgerbüros	Einsatz mobiler Bürgerbüros nur bei Bedarf und hinreichender Auslastung
	1111		Gemeinsames Bürgerbüro von Kreis- und Gemeindeverwaltung betreiben
	1111	Außenstellen	Außenstellen der Verwaltung und Bürgerbüros nur bei unabweisbarem Bedarf und hinreichender Auslastung vorhalten
	1111	Elektronische Verwaltung	Prozessoptimierung durch Einführung von E-Gouvernement, Internetangebote der Verwaltung extensiv ausbauen
	1111	Bezügeabrechnung	Lohn- und Gehaltsabrechnungen in interkommunaler Zusammenarbeit erledigen
	1111	Empfänge	Neujahrsempfänge überdenken oder gemeinsam mit Nachbarkommune(n) organisieren
	1111	Öffentlichkeitsarbeit	Reduzierung des Aufwands für Öffentlichkeitsarbeit (Broschüren, Messteilnahmen pp)
	1111	Geschenke	Verringerung des Aufwands für Ehrungen (Ehrengeschenke pp)
	1111	Städtepartnerschaften	Bei Städtepartnerschaften Fahrtzuschüsse überprüfen, Selbstbeteiligung für private Anteile der Delegationsteilnehmer, Ausdehnung der Besuchsintervalle, Verkleinerung der Reisedelegationen Übertragung von Aufgaben der Partnerschaftspflege an Vereine
	1112 Finanzmanagement, Rechnungswesen, Rechnungsprüfung		
	1112	Haushaltsführung	Instrument der haushaltswirtschaftlichen Sperre einsetzen und Unabweisbarkeitsvoraussetzungen restriktiv handhaben

			(§ 27 GemHVO Doppik)
	1112	Nachtragshaushalt	Nachtragshaushalte und damit verbundenen Personal- und Sachaufwand möglichst vermeiden und stattdessen mit über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen operieren (§ 105 KVG LSA)
	1112	Konto	Kontoführungsgebühren nach Angebotsvergleich vermeiden
	1112	Finanzverwaltung	Prüfen, ob Teile der Finanzverwaltung (etwa Kasse bzw. die Bearbeitung von Steuern und Abgaben) in Kooperation mit Nachbarkommunen durchgeführt werden können
	1112	Bürgschaften	Bürgschaftsrisiken minimieren. Bestandserfassung der noch valutierenden Höhen. Weitestmöglich Aufhebung anstreben.
	1112	Verschuldung	Netto-Neuverschuldung (Kredite einschließlich Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften) ausschließen, hohe Verschuldung abbauen, Neuverschuldung nur bei Unabweisbarkeit oder Rentierlichkeit (sämtlicher) investiver Maßnahmen.
	1112	Liquiditätsmanagement	Laufend aktualisierte Liquiditätsplanung zur Vermeidung von Liquiditätskrediten nebst Zinsaufwand
	1112		Cash-Pooling-Verfahren in Gestalt eines konzerninternen Liquiditätsausgleichs einrichten, um Zinsvorteile zu erreichen. Soweit wie möglich die Inanspruchnahme der Geld- und Kapitalmärkte vermeiden und stattdessen bestehende Guthaben und Kredite zwischen Kernhaushalt und Auslagerungen miteinander verrechnen. Verbleibende Guthaben nicht zinslos auf Girokonto belassen, sondern kurzfristig sicher (Tagesgeld) anlegen. Zinsen auf innere Liquiditätskredite und innere Darlehen nur soweit rechtlich verpflichtend leisten.
	1112	Schuldenmanagement	Schuldenmanagement zur Minderung des Zinsaufwands einführen, Aufnahme kleinerer Einzeldarlehen vermeiden, Langfriststrategie schaffen. Auch überörtliche Angebote von Kreditinstituten oder Finanzdienstleistern einholen.
	1112	Kreditaufnahme	Kompetenzen zur Kredit- und Liquiditätsaufnahme zentralisieren. Dienstanweisung zur Begrenzung von Risiken, wie Liquiditäts-, Zins-, Währungs- oder Bonitätsrisiko
	1112	Umschuldung	Umschuldungen zur Minderung des Zinsaufwands bei Investitionsdarlehen vornehmen, wenn unter Berücksichtigung der Vorfälligkeitsentschädigung vorteilhaft ist.

	1112	Tilgung	Tilgungsstreckungen zur Anpassung an Abschreibungszeiträume (durchschnittliche rechnerische Tilgungsdauer bis zur durchschnittlichen Abschreibungsdauer des gesamten abnutzbaren Anlagevermögens) vornehmen, ggfs. mit Zinsfestschreibung bis zur Endfälligkeit
	1112	PPP	Bei kreditähnlichen Rechtsgeschäften stets die Vor- und Nachteile gegenüber dem Kommunalkredit abwägen
	1112	Forderungsmanagement	Verbesserung des Forderungsmanagements, zeitnahe und zentrale Kontrolle des Forderungsbestands, ggfs. Forderungsinventur in Fachbereichen, konsequente Beitreibung von Außenständen.
	1112		Übertragung des Mahnwesens als Teil der Kassengeschäfte an einen externen Dienstleister (§ 117 Abs.1 KVG LSA)
	1112		Überprüfung der Praxis bei Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen
	1112		Grundsätzlich Kostenvorschuss bei (insbesondere antragsbedürftigen) Amtshandlungen (§ 7 Abs.2 VwKostG LSA), Mieten für Veranstaltungsräume u.ä. erheben
	1112	Skonto	Verstreichen von Skonto-Fristen vermeiden
	1112	Finanzcontrolling	Einführung eines Vertragscontrollings mit zentraler Erfassung aller Verträge, aus denen sich wiederkehrende Forderungen oder Verbindlichkeiten ergeben. Wirtschaftlichkeitsprüfung aller Verträge. Zentrale Überwachung von Kündigungsfristen, der Einhaltung von Auflagen sowie eventueller Risikofaktoren.
	1112		Einführung eines Investitionscontrollings als Teil des betrieblichen Controllings, um verschiedene Investitionseinzelentscheidungen vernetzen und im Hinblick auf das Gesamtsystem analysieren zu können.
	1112	Dienstleistungen Außenstehender	Verzicht auf Geschäftsbesorgungsverträge, die nicht unabweisbar sind (z.B. Rechtsanwaltsbeauftragungen trotz eigenen Rechtsamts mit Volljuristen)
	1112	Beteiligungsmanagement	Überprüfung der Konzernstruktur auf Erforderlichkeit und Effizienz (Risiken, Zuschusserhöhung/ Ertragsminderung) sowie unter steuerlichen Gesichtspunkten (ggfs. Ermöglichung steuerlicher Querverbund).
	1112		Strikte Rückführung der Betätigung von Gesellschaften auf ihren eigentlichen Unternehmensgegenstand. Kritische Prüfung von Spenden, Sponsoring, Werbung, Repräsentation sowie Anstellungsbedingungen und Zusatzvereinbarungen der Geschäftsführung

	1112		Gesellschaften und Beteiligungen nach Wirtschaftlichkeitsprüfung (Zuschussbedarf bzw. Ertragserwartung, Verminderung von Steuerungs- und Überwachungskosten sowie Risiken) zur Schuldentilgung veräußern
	1112		Prüfung der Aufhebung von Eigenbetrieben und anderen öff. Unternehmen (da auch im Kernhaushalt mittlerweile kaufmännisch gerechnet wird) zur Einsparung doppelter Prüfungsentgelte (örtl. Prüfung und Abschlussprüfer nach Handelsrecht)
	1113 Zentrale Dienste		
	1113	Dienstwagen	Zusammenführung, Reduzierung (Stückzahl und Fahrzeuggröße) sowie Abschaffung (ggfs. Veräußerung) der Dienstwagenflotte
	1113		Dienstfahrten mit Privat-PKW gegen Kostenerstattung grds. Vorrang vor Vorhaltung kommunalen Fuhrparks einräumen
	1113		Bei unentbehrlichen Neuanschaffungen prüfen, ob Erwerb oder Leasing wirtschaftlicher
	1113		Finanzierung von Fahrzeugen durch Werbung
	1113		Grds. Verzicht auf Dienstwagenfahrer, ggfs. dessen Einsatz für verschiedene Aufgaben
	1113	Bauhof	Bauhof grds. nur im Umfang eines Hilfsbetriebs vorhalten. Wirtschaftlichkeitsvergleich zu teilweiser oder gänzlicher Privatisierung
	1113		Bauhof in interkommunaler Zusammenarbeit durchführen
	1113		Keine Beauftragung Privater mit Leistungen, die auch der Bauhof erbringen könnte
	1113		Fuhrpark nur in unabweisbar geringem Umfang anschaffen, ggfs. gemeinsam mit Nachbarkommune. Miet- und Leasingvarianten prüfen.
	1113	Beschaffung	Ausgabenreduzierung bei Büroartikeln. Ggfs. Sortimentsverkleinerung. Vereinheitlichung von Bestellungen. Sammelbestellungen. Realisierung von Einkaufsgemeinschaften im Rahmen komm. Zusammenarbeit
	1113	Zeitschriften/ Zeitungen	Hinterfragung bestehender Abonnements an Zeitschriften und Zeitungen. Überflüssige Dopplungen vermeiden. Bei Zeitschriften Inhaltverzeichnisse per E-Mail verteilen, grds. zentrale Ablage schaffen.
	1113	Loseblattsammlungen	Gesetzes- und Fachliteratursammlungen auf Unabdingbarkeit prüfen hinsichtlich alternativer Verfügbarkeit im Internet

	1113	Sachkosten	Budgetierung von Sachkosten (Drucke, Büromaterial, Bücher, Zeitschriften, Kopien, Reise- und Fortbildungskosten, Telefonkosten) zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung durch Fachbereiche mit Kürzung der Ansätze und prozentualer Senkung der Übertragungsquote
	1113	Druckerei	Privatisierung Druckerei, ggfs. gemeinsam mit Nachbarkommunen
	1113	Versicherungen	Versicherungen auflisten und auf Notwendigkeit dem Grunde und dem Umfang nach prüfen. Versicherungsdienstleistungen neu ausschreiben.
	1113	Büroausstattung	Reduzierung der Standards für Büromöbel und sonstige Ausstattung
	1114 Personal		
	1114	Stellen Personalkosten	Anpassung des Stellenbedarfs durch ku- und kw-Vermerke
	1114		Strukturanpassung durch flache Hierarchien
	1114		Analyse der Verwaltungsprozesse, Aufgabenkritik durchführen. Prüfen, ob auf einzelne Aufgaben ganz oder teilweise verzichtet werden kann oder ob Standardsenkungen möglich sind
	1114		Prüfung, ob verschiedene Aufgaben nicht durch organisatorische Maßnahmen mit geringerem Personaleinsatz realisiert werden können, insbes. durch Konzentration oder Verlagerung von Arbeitsbereichen oder Technikeinsatz (Internet-Angebote) bzw. durch kommunale Zusammenarbeit
	1114		Transparente Darstellung der Anzahl von Stellen, die im Rahmen der Konsolidierung eingespart werden sollen, um Planungssicherheit zu bewirken, auch gegenüber den weiterbeschäftigten Bediensteten
	1114		Wiederbesetzungssperre mit Festsetzung einer grundsätzlichen Zeitspanne. Prüfen, ob Vakanz nicht dauerhaft von betroffener Organisationseinheit abgefangen werden kann
	1114		Wiederbesetzung von Stellen nur in unabweisbaren Fällen, wenn Aufgabenverzicht oder -umverteilung ganz oder teilweise nicht realisierbar ist. Bei nicht gesichertem dauerhaften Bedarf nur befristete Neueinstellung tätigen
	1114		Vor notwendiger Wiederbesetzung Stellenbewertung kritisch prüfen
	1114		Personalüberhänge in rentierliche oder zur Kosteneinsparung geeignete Bereiche umsetzen
	1114		Überstunden grds, ausschließen, stattdessen großzügige Dienstvereinbarung zur gleitenden Arbeitszeit (mit Arbeitszeitkonten) treffen

	1114		Freiwillige Beurlaubungen (für Sabbaticals, private Aus- und Fortbildungen, pp) extensiv anbieten
	1114		Einführung und konsequente Nutzung leistungsorientierter Entgeltbestandteile ( § 18 TVöD), um gerade beim Wegfall von Stellen die verbleibenden Mitarbeiter, die u.U. zur Kompensation Mehrarbeit leisten müssen, zu motivieren
	1114	Betriebszuschüsse	Streichung bzw. Begrenzung von Zuschüssen für Betriebsausflüge, Betriebs-sport, Betriebsfeiern
	1114	Stellenausschreibungen	Grds. Internet für Stellenanzeigen oder für weiterführende Infos zu Stellenan-geboten nutzen, unumgängliche Stellenanzeigen in Zeitungen der gesuchten Position entsprechend in Größe und Verbreitung beschränken
	1114		Bei der Gewinnung von Führungskräften auf den Einsatz von Personalvermitt-lungsagenturen verzichten
	1114	Reisekosten	Erfordernis von Dienstreisen, auch bei Führungskräften, kritisch untersuchen. Grds. nur einen Bediensteten zu demselben Termin entsenden. Bei besonders kostenintensiven Dienstreisen Genehmigungsschwelle (ggfs. bis zum Haupt-verwaltungsbeamten) anheben
	1114		Termine mit Externen grds. in der Dienststelle durchführen
	1114		Reisekostenverwaltung automatisieren
	1114		Einführung eines professionellen Reisekostenmanagements zur Senkung der Reisekosten (auch für Fortbildungen) durch Frühbucherrabatte, Mengenra-batte, Mitfahrmöglichkeiten
	1114	Fortbildung	Umfang Fortbildungsmittelansatz regelmäßig mit tatsächlicher Inanspruch-nahme abgleichen
	1114		Stellenprofilbezogene Fortbildungskonzepte erarbeiten
	1114		Führungskräfte auch zu betriebswirtschaftlichen Belangen schulen, um die Wirtschaftlichkeit ihres fachlichen Tuns zu unterstützen
	1114		Kostenlose Fortbildungsangebote nutzen, grds. Obergrenze für Tageskosten (inkl. Reisekosten) setzen
	1114		Grds. Teilnahme gleicher Veranstaltung nur durch einen Bediensteten, der ggfs. als Multiplikator eingesetzt wird
	1114		Bei Schulungsbedarf größerer Anzahl von Bediensteten Inhouse-Seminar, ggfs. auch mit Nachbarkommunen, erwägen
	1116 Informationsverar-beitung		

	1116	Elektronische Dokumente	Extensive Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel. Automatisierung des Dokumentenmanagements (elektronische Speicherung und Archivierung)
	1116	Drucken/ Kopieren	Handlungsanweisungen zu Drucken und Kopien (Formatverkleinerungen, beidseitiges Bedrucken, grds. keine Farbdrucke, Vermeidung Mehrfachdrucke)
	1116	Softwarepflege	Erhebung aller Software-Pflegeverträge auf Umfang und Erforderlichkeit, ggfs. Neuausschreibung
	1116	Telefon	Reduzierung von Telekommunikationskosten: Ggfs. Anbieterwechsel, Flatrate-Angebote prüfen, Sperrung kostenpflichtiger Servicenummern bei adäquatem Internetangebot, Abrechnung privater Telefonate/ Faxe
	1116	Anschaffung	Bei der Anschaffung höherwertiger Wirtschaftsgüter Wirtschaftlichkeitsvergleich zw. Kauf, Miete, Leasing durchführen
	1116	IT	Regelmäßige Überprüfung von IT-Großprojekten, ob angestrebter Nutzen noch wirtschaftlich erreichbar ist. Ggfs. Anpassung oder Abbruch des Projekts bei veränderten Rahmenbedingungen
	1116		Nutzung von gebrauchten Softwarelizenzen („used soft“)
	1116		Privatisierung Hardware-Bereitstellung und –wartung, ggfs. gemeinsam mit anderen Kommunen
	1117 Management Sachvermögen		
	1117	Bauvorhaben	Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen grds. nur bei rentierlichen oder unabweisbaren Maßnahmen durchführen. Bedarf strikt an der demographischen Entwicklung ausrichten. Mögliche Erträge aus Vorhaben äußerst vorsichtig schätzen.
	1117		Bei Neu-, Erweiterungs- und Erhaltungsinvestitionen umfassenden Vergleich alternativer Anschaffungs- bzw. Herstellungs- und Folgekosten zur Ermittlung der wirtschaftlichsten Lösung unter Berücksichtigung bilanzieller Auswirkungen durchführen. Risikobetrachtung zu Unterhaltungsmaßnahmen für Zeiträume nach Ablauf von Mängelbeseitigungs- und Gewährleistungsfristen einbeziehen. Wahl der Beschaffungsvariante (Eigenrealisierung, Öffentliche Private Partnerschaft, Anmietung) in Vergleich einbeziehen.
	1117		Bei allen Neubauvorhaben stets Investitionsaufwand vorsorglich großzügig veranschlagen, um gegen Planungsfehler (Abweichungen von Kostenvoranschlägen) und Kostensteigerungen gewappnet zu sein. Vor diesem Hintergrund bei Neubauvorhaben Risikoanalyse durchführen.

1117	Gebäudebewirtschaftung	Umfassende kritische Analyse des mittel- und langfristigen Bedarfs an Dienstgebäuden, Überprüfung des Raumbedarfs der Org.-Einheiten, Gegenüberstellung zum Ist-Stand mit Bewirtschaftungs- und (ggfs. rückständigen) Instandhaltungs- sowie Reisekosten
1117		Aktives Gebäudemanagement einrichten, Zusammenfassung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten, um die ökonomische Nutzung kommunaler Immobilien zu sichern
1117		Ggfs. Einführung eines inneren Vermieter-Mieter-Modells zur Reduzierung von Flächenbeständen der Fachbereiche. Einsparanreize durch Budgetgutschriften.
1117	Energiekosten	Energiesparinvestitionen in bestandssichere Gebäude bei Rentierlichkeit vornehmen
1117		Extensive Nutzung von Energiesparmöglichkeiten, ggfs. unter Nutzung Privater (Contracting), Dienstanweisung und Schulung zu energiesparendem Verhalten, Raumtemperaturreduzierung in öff. Gebäuden allgemein und besonders nach Dienstschluss
1117		Zentrales Energiecontrolling einführen
1117	Dienstleistungsverträge	Dienstleistungsverträge (Energie, Versicherungen, Wartung, Telekommunikation, Post, Internet) nach Marktsondierung ggfs. kündigen und neu ausschreiben
1117		Dienstleistungsverträge im Rahmen der kommunalen Gemeinschaftsarbeit gemeinsam ausschreiben
1117	Hausmeisterdienste	Hausmeisterstellen auf erforderlichen Umfang begrenzen
1117		Schaffung eines mobilen Hausmeisterpools, der verschiedene technische Fertigkeiten zur Vermeidung von Drittbeauftragungen abdecken kann, Einsatz von Bauhofmitarbeitern für kleinere Reparatur- und Unterhaltungsmaßnahmen
1117	Gebäudereinigung	Reinigungskräfte auf erforderlichen Umfang begrenzen, Überprüfung von Reinigungsstandards und Reinigungsintervallen für Dienstgebäude und sonstige öff. Einrichtungen
1117		Überprüfung der angesetzten Reinigungsflächengrößen (nach erfolgter Vermögenserfassung)
1117		Optimierung der Eigenreinigung, Personaleinsatz flexibel gestalten, Reinigungspersonal schulen, Leistungsanforderungen an privaten Dienstleistern ausrichten

			Privatisierung der Gebäudereinigung prüfen, Stundenverrechnungssatz für eigene Reinigung ermitteln und mit denen privater Dienstleister vergleichen
	1117	Liegenschafts-management	Effizienz der Verwaltung von kommunalen Wohnungen prüfen, Verwaltung an Privaten übertragen, Möglichkeiten der Zusammenarbeit prüfen
	1117		Anpassung von Miet-, Pacht- und Erbbauzinsen an ortsübliche Höhe, Vertragsübersicht erstellen und regelmäßig prüfen
	1117		Prüfung der Wirtschaftlichkeit eines Maschinen- und Gerätepools zur Pflege und Reinigung von Außenanlagen, die der Zuständigkeit verschiedener Fachbereiche unterstehen
	1117		Erhöhung von Pachtzinsen für Kleingärten
	1117		Erhöhung von Jagdpachten
	1117	Photovoltaik	Vermietung von Dachflächen zur Installation von Photovoltaikanlagen
	1117	Windenergie	Veräußerung oder Verpachtung von Flächen, die als Standorte für Windenergieanlagen geeignet sind, vorteilhafte Vereinbarung über die Zerlegung des Gewerbesteuermessbetrages gemäß § 33 Abs. 2 GewStG treffen
		Namensrechte	Vermarktung von Namensrechten für öffentliche Einrichtungen
	1117	Vermögensverwertung	Liste realisierbarer Vermögenswerte aufstellen, Verlagerungsmöglichkeiten für „Filetstücke“ (z.B. Fest- und Sportplätze) einbeziehen
	1117	Privatisierung	Dorfgemeinschafts-/ Bürger-/ Kulturhäuser, Stadthallen o.ä. auf Bedarf oder Rentierlichkeit (Vermietung von Wohnungen und Räumen) prüfen, sonst privatisieren oder veräußern
	1117	Veräußerung	Extensive Veräußerung negativer (übermäßig bewirtschaftungs- oder unterhaltungsaufwendiger) Vermögenswerte
			Landwirtschaftliche Flächen veräußern, sofern diese nicht als ökologische Ausgleichsflächen benötigt werden
	1117		Veräußerung von Immobilien grds. öff. (Internet) bewerben und ggfs. versteigern, evtl. auch Makler beauftragen.
	1117		Kommunale Campingplätze veräußern/ verpachten
	121 Wahlen		
	121	Wahlhelfer	Begrenzung der Aufwandsentschädigungen der Beisitzer der Wahlausschüsse und Wahlvorstandsmitglieder bei Kommunalwahlen auf Mindestsätze (§ 9 KWO LSA)

	121		Erfahrene Wahlhelfer einsetzen, um Schulungsaufwand zu reduzieren
	121		Für die Briefwahlvorstände auf Auszubildende oder Ehrenamtliche zurückgreifen, um Personalkosten zu sparen
	122 Ordnungsangelegenheiten		
	1221 Allgemeine Sicherheit und Ordnung	Fundsachen	Zur Optimierung der Versteigerung von Fundsachen das Angebot der Bundeszollverwaltung im Internet nutzen
	1223 Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung		
	1223	Prüfgebühren	Kostendeckende Gebühren für die Überprüfung der Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts sowie der Bestimmungen über Tiergesundheit und Tierschutz erheben
	1223	Verbraucherberatung	Notwendigkeit von Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden prüfen
	1225 Verkehrsangelegenheiten		
	1225	Straßenbeschilderung	Reduzierung der Straßenschilder und Markierungen auf das unbedingt nötige Maß
	1225	Gebühren	Höhe der Gebühren über die Sondernutzung nach § 21 StrG LSA überprüfen und im rechtlich zulässigen Rahmen ausschöpfen
	1225		Für die Erteilung von Befreiungen vom Verbot des Fahrens mit Kraftfahrzeugen in Feld und Wald nach § 4 Abs. 3 S.1 FFOG Verwaltungsgebühren konsequent erheben
	1225		Gebührenrahmen der GebOST für Verwaltungsgebühren der Maßnahmen im Straßenverkehr in rechtlich zulässiger Höhe ausschöpfen
	1226 Fahr- und Beförderungserlaubnisse, KFZ-Angelegenheiten		
	1226	Zulassungsstellen	Nebenstellen von KFZ-Zulassungsstellen nur bei unabweisbarem Bedarf vorhalten
	1226	Gebühren	Gebührenrahmen der GebOST für Verwaltungsgebühren der Maßnahmen im Straßenverkehr in rechtlich zulässiger Höhe ausschöpfen
	1227 Einwohner-, Pass- und Meldewesen		

	1227	Personalausweis	Konsequente Geltendmachung von Verwarn- und Bußgeldern bei Nichtbesitz eines gesetzlich vorgeschriebenen Personalausweises
			Verzicht auf Anschreiben mit Hinweis auf bevorstehenden Ablauf von Personaldokumenten oder bei deren Fertigstellung
	126 Brandschutz		
	126	Ortsfeuerwehr	Standortoptimierung von Ortsfeuerwehren
	126		Veräußerung stillgelegter Feuerwehrrhäuser, ggfs. Übertragung der Bewirtschaftung an Verein o.ä.
	126		Übertragung der Aufgaben des Brandschutzes und der Hilfeleistung nach dem BrSchG LSA auf Nachbarkommunen
	126		Beschränkung der Stärke und Ausrüstung der freiwilligen Feuerwehr auf den Mindeststandard (gemäß MindAusrVo-FF) auf der Grundlage einer intensiven Risikoanalyse
	126		Ausstattungsreduzierung vornehmen, wenn im Rahmen der Ermittlung des Brandschutzbedarfs Überkapazitäten bei der technischen Ausstattung festgestellt wurden
	126		Kooperation mit Nachbarkommunen, z.B. gemeinsame Vorhaltung einzelner Feuerwehrfahrzeuge und Geräte (insbes. soweit nicht hilfsfristrelevant), gemeinsame Ausbildung
	126		Bei unabdingbaren Anschaffungen von Fahrzeugen überholte Gebrauchtfahrzeuge ins Auge fassen
	126		Bei unabdingbaren Anschaffungen von Neufahrzeugen ohne Förderung Beteiligung an Vergabeverfahren der zentralen Beschaffungsstelle des Landes
	126		Grds. auf Sonderanfertigungen verzichten, Ausstattung und Ausrüstung nur an konkretem Brandschutzbedarf ausrichten
	126		Unverzögliche Veräußerung von nicht mehr benötigten Altfahrzeugen
	126		Wartung von Feuerwehrfahrzeugen (soweit nicht Feuerwehrtechnik) zentralisieren und ausschreiben, Rahmenvertrag abschließen
	126		Bei sonstigen Anschaffungen und Beschaffungen Preisnachlässe durch gemeinschaftlichen Einkauf mit Nachbarkommunen realisieren
	126		Neubau eines Feuerwehrgerätehauses gemeinsam mit einer Nachbarkommune
	126	Sponsoring	Sponsoring einwerben

	126	Gebühren	Kostendeckende Kalkulation der Gebühren der Kosterstattungssatzung nach § 22 BrSchG LSA, ggfs. Mitarbeiterschulung vornehmen
	126	Sirenen	Anzahl der Sirenenstandorte auf Verzichtbarkeit überprüfen, Alarmierungssystem nach Zweckmäßigkeit ausrichten
	127 Rettungsdienst		
	127	Leitstelle	Zusammenlegung von Leitstellen bzw. feuerwehrtechnischen Zentralen (vgl. § 3 Abs.6 BrSchG LSA)
	128 Katastrophenschutz		
	128	Anschaffung	Bei unabdingbaren Anschaffungen von Neufahrzeugen ohne Förderung Beteiligung an Vergabeverfahren zentralen Beschaffungsstelle des Landes
2 Schule und Kultur			
	21 Allgemeinbildende Schulen	Schullandschaft	Anzahl, Größe und Standort der Einrichtungen an die Entwicklung der Schülerzahlen und die eigene kommunale Leistungsfähigkeit anpassen (Schüler- bzw. Klassenmindestzahlen gemäß der Verordnung zur Schulentwicklungsplanung sind während der Konsolidierung nicht der abschließende Maßstab), Standortanalyse mit Optimierung der Schülerbeförderung (Mehraufwand bzw. –erstattung auf Wirtschaftlichkeit prüfen), zulässige Schulwegezeiten ausschöpfen, auf Einrichtungen mit hohem Betriebs- und/oder Instandsetzungsaufwand prioritär verzichten (Außenstellen nur bei Unabweisbarkeit und als auslaufende Lösungen vorhalten), teilweise Beschulung (insbesondere bei kritischen Schulwegzeiten) in Nachbarkommunen organisieren
	21	Energiekosten	Energieverbrauch jeder Einrichtung regelmäßig durch Aufzeichnungen kontrollieren, Schulungsveranstaltungen zu energiesparendem Verhalten für Schüler Schulung und Dienstanweisung für Personal und zu energiesparendem Verhalten, Raumtemperaturreduzierung nach Schulschluss und während der Ferien
	21		Prioritär extensive Nutzung von Energiesparmöglichkeiten, ggfs. mit anderen Sanierungs- oder Erneuerungsmaßnahmen verbinden ggfs. unter Nutzung Privater (Contracting),
	21		Innenbeleuchtung auf LED-Technik umrüsten, Fördermöglichkeit durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit prüfen

	21	Gebäudereinigung	Überprüfung von Reinigungsstandards und Reinigungsintervallen
	21	Schulraumnutzung	Festsetzung bzw. Anpassung von Gebühren für die Schulraumnutzung durch außerschulische Gruppen und Vereine. Nutzung von Schulräumen zu Leerstandszeiten offensiv anbieten, um Kostendeckungsbeiträge zu erzielen.
	21	Hausmeisterdienste	Einführung Schulhausmeisterpool (siehe auch bei 1117)
	21	Schulbücherei	Bei der Verwaltung von Schulbüchereien gezielt interessierte Eltern/ Bürger ehrenamtlich einbeziehen
	21	Außenanlagen	Pflege von Außenanlagen in die Patenschaft von Klassen geben
	21	Instandsetzung	Instandsetzungsarbeiten (Schönheitsreparaturen) unter Einbindung von Eltern durchführen
	21	Förderverein	Gründung eines Schulfördervereins durch Eltern anregen
	21	Gastschüler	Kostenerstattung für Fremdbeschulung konsequent geltend machen (§§ 66 u. 70 SchulG LSA)
	2421 Fördermaßnahmen		
	2421	Klassenfahrten Schüleraustausch	Zuschüsse für Klassenfahrten und Schüleraustausch sowie Subventionierung von Mittagessen überprüfen,
	2421	Schulsozialarbeit	Zuschüsse für Schulsozialarbeit situationsangemessen anpassen, Einsatz von Mitarbeitern, die freiwilliges soziales Jahr absolvieren, Beteiligung/ Übernahme durch Bürgerstiftung/ -verein o.ä. initiieren
	243 Sonstige schulische Aufgaben	Schullandheim	Schullandheim: Kostendeckende Betreuung sicherstellen, ggfs. Privatisierung
	252 Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen		
	252	Leistungsfähigkeit	Aufgabenwahrnehmung dem Grunde und ggfs. der Höhe nach an Leistungsfähigkeit ausrichten
	252	Bezuschussung	Zuschussbedarf minimieren. Besucheranzahl und –struktur sowie Frequentierungszeiten erheben, Öffnungszeiten anpassen, saisonale Schließungen. Ehrenamtliche Mitarbeiter für die Aufsicht gewinnen. Eintrittsgelder anpassen. Verzicht auf Erwerb neuer Exponate, Gewerbetreibende, Banken pp als Träger von Ausstellungen gewinnen.
	252	Sponsoring	Sponsoring einwerben
	252	Verwaltung	Organisatorische und räumliche Zusammenlegung verschiedener Einrichtungen

	252	Museumsverbund	Museumsverbunde gründen, über gemeinsame Präsentation der Einrichtungen Bekanntheit steigern, Vernetzung von Einrichtungen untereinander intensivieren, Synergieeffekte nutzen.
	252	Privatisierung	Übertragung der Trägerschaft auf Kultur- oder Heimatvereine, ggfs. mit ausschleichenden Zuschüssen.
	252		Werke aus Sammlungen veräußern, ggfs. unter Bedingung öff. Zugänglichkeit
	252	Ausstellungsort	Sammlungen von geringerem Wert im Foyer des Rathauses oder in Schulen ausstellen.
	252	Archivgut	Kommunale Trägerschaft für nichtkommunales Archivgut auf Prüfstand stellen, Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen.
	253 Zoologische und Botanische Gärten		
	2531 Tierpark	Leistungsfähigkeit	Kommunale Trägerschaft anhand der Leistungsfähigkeit auf den Prüfstand stellen, Zuschussbedarf minimieren, Kooperation mit Nachbarkommunen
	2531		Einrichtung ggfs. verkleinern
	2531	Privatisierung	Tierpark unter Gewährung eines ausschleichenden Zuschusses privatisieren
	2531	Einnahmen	Besucheraufkommen durch Marketing verbessern, Eintrittspreise anpassen, Sponsoring einwerben
	2531		Betriebsführung an Verein übertragen
	26 Kultureinrichtungen		
	261 Theater	Theaterlandschaft	Kommunale Trägerschaft anhand der Leistungsfähigkeit auf den Prüfstand stellen. Kooperation mit Nachbarkommunen
	261	Aufwandsreduzierung	Zuschussbedarf reduzieren. Spartenanzahl kritisch hinterfragen. Verzicht auf eigene Ensembles in einzelnen oder allen Sparten. Umwandlung in Beispieltheater. Zusammenarbeit mit der freien Szene
	261		Einsparungen bei Gagen und Honoraren. Anzahl der Neuinszenierungen überprüfen und ggfs. verringern. An die Ausstattung der Inszenierungen strenge Maßstäbe anlegen. Festspielangebote auf Rentierlichkeit prüfen.

		Einnahmen	Eintrittspreise anpassen. Sponsoring einwerben
	261	Privatisierung	Theater durch gemeinnützigen Trägerverein führen
	262 Musikpflege	Bezuschussung	Auf Zuschüsse verzichten
	263 Musikschulen	Leistungsfähigkeit Privatisierung	Kommunale, insbesondere gemeindliche Trägerschaft anhand der Leistungsfähigkeit auf den Prüfstand stellen. Bürger auf private Angebote im Bereich musische Erziehung und Ausbildung hinweisen ggfs. Privatisierung mit ausschleichenden Zuschüssen für besondere Angebote.
	263	Lehrkräfte	Reduzierung der hauptamtlichen Lehrkräfte zugunsten freiberuflicher Kräfte
	263	Gebühren	Gebühren anpassen, insbesondere bei Einzelunterricht
	271 Volkshochschulen	Bezuschussung	Zuschuss reduzieren, Konzentration auf einen oder wenige Standorte, Verwaltung mit anderen Einrichtungen zusammenlegen, eigene Kursräume nur bei Unabdingbarkeit vorhalten, sonst Nutzung anderer Einrichtungen wie Schulen
	271	Rechtsform	Interkommunale Zusammenarbeit prüfen, ggfs. in privater Rechtsform betreiben
	271	Kurse	Kursangebot möglichst rentierlich ausgestalten. Kurse, die der pers. Lebensgestaltung dienen, grds. nur kostendeckend anbieten. Mindestteilnehmerzahlen erhöhen.
	271	Lehrkräfte	Reduzierung der hauptamtlichen Lehrkräfte zugunsten freiberuflicher Kräfte
	271	Öffentlichkeitsarbeit	Kosten für Werbung und sonstige Informationen verringern, Kursangebote ausschließlich im Internet veröffentlichen
	271	Gebühren	Gebühren anpassen
	272 Bibliotheken/ Büchereien	Leistungsfähigkeit	Aufgabenwahrnehmung dem Grunde und ggfs. der Höhe nach an Leistungsfähigkeit ausrichten, Bibliotheken zusammenlegen, Aufgabenwahrnehmung in interkommunaler Zusammenarbeit
	272	Bezuschussung	Zuschussbedarf minimieren. Nutzeranzahl und –struktur sowie Frequentierungszeiten erheben. Öffnungszeiten nutzerorientiert anpassen, saisonale Schließungen. Internetbestellungen und (kostenpflichtige) Fernleihe einrichten. Entleihungsgelder anpassen. Einkaufskooperationen und Austausch mit Nachbarkommunen.
	272	Selbstverbuchung	Elektronisches Selbstverbuchungssystem (RFID, Barcodes) für geeignete Medien einsetzen.
	272	Ehrenamt Privatisierung	Bibliothek durch ehrenamtlichen bzw. kirchlichen Träger führen lassen

	272	Zweigstellen Fahrbücherei	Wirtschaftlichkeit von Zweigstellen und Fahrbüchereien prüfen.
	272	Förderverein	Gründung eines Fördervereins anregen
	272	Doppelstrukturen	Doppelstrukturen (mit schulischen, anderen kommunalen, staatlichen, kirchlichen Einrichtungen) vermeiden
	2731 Heime und Einrichtungen	Leistungsfähigkeit	Zuschuss für kulturpädagogische Einrichtungen wie Kunst- und Malschulen an Leistungsfähigkeit ausrichten, ggfs. reduzieren
	28 Örtliche Kulturaufgaben		
	2811 Kommunale Veranstaltungen	Leistungsfähigkeit	Vereinsförderung an Leistungsfähigkeit ausrichten, ggfs. reduzieren
	2811	Gebühren Mieteinnahmen	Kostenpflichtige Bereitstellung von Verwaltungseinrichtungen, Beschilderung und Abfallentsorgung bei Volks-, Trachten-, Heimat-, Brauchtumsfesten o.ä.
	2811	Ehrenamt Privatisierung Sponsoring	Organisation von Brauchtums-, Jubiläum- und anderweitigen Veranstaltungen Privaten überlassen, Kulturwochen o.ä. örtlichen Vereinen übertragen, Bezuschussung reduzieren, auf Sponsoring-/ Werbeeinnahmen verweisen
	2811	Weihnachts-/ Adventsbeleuchtung	Weihnachts-/ Adventsbeleuchtungen auf LED-Technik umrüsten
	2811		Anbringung von Weihnachts-/ Adventsbeleuchtungen Privaten/ Gewerbe überlassen, keine gemeindlichen Beleuchtungsanlagen installieren
	2811	Veröffentlichungen	Erstellung von Bildbänden und Gemeinde-/ Kreischroniken einstellen, Verkaufspreise erhöhen, durch Werbung rentierlich gestalten oder Intervalle strecken, Erstellung auf Ehrenamtliche übertragen
	2812 Kulturförderung	Leistungsfähigkeit	Zuschüsse für Heimat- und Verkehrsvereine an Leistungsfähigkeit ausrichten, ggfs. reduzieren
	2812		Zuschüsse für Stadtbild- und Denkmalpflege oder Fassadenwettbewerbe an Leistungsfähigkeit ausrichten, ggfs. reduzieren
3 Soziales und Jugend			
	31 Sozialhilfe und soziale Leistungen	Standards	Standards für Beratungsleistungen im Rahmen von Produkt- und Leistungsbeschreibungen definieren, Verwaltungsabläufe optimieren

	31	Stellenbedarf	Fallzahlen je Mitarbeiter ermitteln und mit anderen Kommunen vergleichen, Stellenbemessung entsprechend anpassen
	31	Kostenerstattung	Alle Möglichkeiten zur Kostenerstattung durch Dritte und Heranziehung Unterhaltspflichtiger unverzüglich ausschöpfen (rentierlicher Einsatz von Überhangspersonal)
	31	Ermessen	Strenge Maßstäbe bei der Ermessensausübung in der Sozialhilfe anlegen (ggfs. Dienstanweisung zur Sicherstellung einer einheitlichen Rechtsanwendung)
	31	Leistungsmissbrauch	Bei Verdacht auf Leistungsmissbrauch die erforderlichen Kontrollen zeitnah und konsequent ergreifen (rentierlicher Einsatz von Überhangspersonal)
	31	Standards	Bau, Ausstattung und Unterhaltung bei sozialen Einrichtungen auf unabwiesbare Mindeststandards beschränken
	31	Privatisierung	Wirtschaftlichkeitsvergleich zwischen eigener bzw. privater Betriebsführung von Alten- und Pflegeeinrichtungen vornehmen
	313 Hilfen für Asylbewerber	Privatisierung	Wirtschaftlichkeitsvergleich zwischen eigener bzw. privater Betriebsführung von Gemeinschaftsunterkünften vornehmen
	3151 Soziale Einrichtungen für ältere Menschen	Zeitschriften	Seniorenzeitschriften durch Werbung rentierlich gestalten
	3151	Seniorenzuschüsse	Zuschüsse für Seniorenfeiern/ Seniorennachmittage/ Seniorentage/ Seniorenfahrten reduzieren
	3151	Ehrenamt Privatisierung	Durchführung von Seniorentreffs auf Vereine oder Ehrenamtliche übertragen
	3151	Rentenberatung	Rentenberatung einstellen (auf Rentenversicherungsträger verweisen)
	3151	Seniorenberatung	Seniorenberatung hinsichtlich Standards und Bedarf (unter Berücksichtigung von Angeboten privater und kirchlicher Träger) prüfen
	3621 Außerschulische Jugendbildung		Angebote reduzieren, auf besonders kostenintensive Angebote verzichten, Teilnehmerentgelte erhöhen
	3622 Kinder- und Jugendlicherholung		Kommunal initiierte Ferienfreizeiten/ Ferienspiele/ Jugendfreizeiten an Verbände/ Vereine übertragen, Reduzierung der Intervalle, auf besonders kostenintensive Angebote verzichten
	363 Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe		Bei Verdacht auf Leistungsmissbrauch zeitnahe und regelmäßige Kontrollen, alle Möglichkeiten zur Kostenerstattung durch Dritte und Heranziehung Unterhaltspflichtiger unverzüglich ausschöpfen. (Rentierlicher Einsatz von Überhangspersonal). Hilfgewährung grds. befristen zur Prüfung weiteren Bedarfs.

	3631 Jugendsozialarbeit	Stellenbedarf	Jugendsozialarbeitsleistungen (einschließlich Streetworkern und Jugend- und Drogenberatung) auf Notwendigkeit prüfen, Einsatz von Mitarbeitern im freiwilligen sozialen Jahr
	3631	Förderung	Zuwendungen von Eigenanteil abhängig machen. Erforderlichkeit mehrjähriger Verträge kritisch prüfen. Finanzierungspläne jährlich verbindlich festlegen. Konsequente Verwendungsnachweisprüfung und ggfs. Fördermittelrückforderung.
	3632 Weitere Maßnahmen der Kinder-, Jugend und Familienhilfe	Begrüßungsgeld	Verzicht auf Begrüßungsgelder für Neugeborene
	3633 Hilfe zur Erziehung	Ambulante Hilfen	Anteil der ambulanten Hilfen an den Hilfeplanfällen erhöhen. Extensiv präventive familienunterstützende Hilfen (z.B. sozialpädagogische Familienhilfe/ Erziehungsberatung) anwenden. Rentierlicher Einsatz von geeignetem, ggfs. fortzubildendem Überhangpersonal
	3633	Vollzeitpflege	Anteil der Vollzeitpflegefälle an den stationären Hilfefällen erhöhen. Familienersetzende Hilfen grundsätzlich der Heimunterbringung vorziehen. Pflegefamilien ausloben, ggfs. besser dotieren.
	3634 Inobhutnahme	Heimunterbringung	Notwendigkeit der Heimunterbringung regelmäßig kritisch prüfen. Familienunterstützende oder familienersetzende Hilfen der Heimunterbringung grds. vorziehen.
	3635 Adoptionsvermittlung	Adoption Kommunale Zusammenarbeit	Einrichtung einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle für Jugendämter benachbarter Kommunen (vgl. § 2 Abs.1 S. 3 AdVermiG)
	365 Kindertageseinrichtungen	Kita	Aufgabenwahrnehmung (Anzahl und Größe der Einrichtungen) an Leistungsfähigkeit ausrichten (Hinwirkung auf entsprechende Bedarfsplanung des Landkreises gemäß § 10 Abs. 1 S. 2, 3 KiFöG LSA). Vergleichende Analyse vorhandener Einrichtungen auf Bewirtschaftungskosten sowie Instandsetzungsbedarf und Auslastung (Zumutbarkeitsgrenzen der Erreichbarkeit nach § 3 Abs. 5 KiFöG LSA beachten, ggfs. Tagespflegestellen einrichten, Außenstellen nur bei Unabweisbarkeit und als auslaufende Lösungen vorhalten.
	365	Freier Träger	Bei Nutzung eines kommunalen Gebäudes durch freien Träger ortsübliche Miete erheben
	365	Kostenbeiträge	Kapitalkosten (kalk. Zinsen und Abschreibungen) und den tatsächlich anfallenden Verwaltungsaufwand bei der Festlegung von Kostenbeiträgen gem. § 13 Abs. 2 KiFöG LSA berücksichtigen

	365		Rückstände von Kostenbeiträgen und Essensentgelten unverzüglich betreiben
	365	Auswärtige Betreuung	Kostenausgleich mit Wohnortgemeinde konsequent geltend machen (§12c KiFöG LSA)
	365	Bewirtschaftung	Kleinere Instandsetzungen (Schönheitsreparaturen) von Kitas durch Elterninitiativen, Herrichtung und Betreuung von Außenanlagen Elterninitiativen übertragen
	365		Überprüfung von Reinigungsstandards und Reinigungsintervallen
	3661 Einrichtungen der Jugendarbeit	Jugendklubs	Angebot an Jugendklubs o.ä. an Leistungsfähigkeit ausrichten, ggfs. Öffnungszeiten beschränken, Ausstattungsstandards reduzieren
	3661	Spiel- u. Bolzplätze	Bedarf an Spiel- und Bolzplätzen o.ä. kritisch prüfen, freiwerdende Flächen veräußern.
	3661	Ehrenamt Sponsoring	Spielplätze: Pflegearbeiten an Ehrenamtliche, Elterninitiativen, Vereine übertragen. Sponsoring einwerben
	3661		Errichtung/ Ausstattung von Spielplätzen durch Elterninitiativen, Vereine, Sponsoren
	3661	Sicherheitsprüfung	Prüfungen zur Wahrung der Verkehrssicherungspflicht bei Spielplätzen in interkommunaler Zusammenarbeit
4 Gesundheit und Sport			
	412 Gesundheitseinrichtungen	Gesundheitsdienst Mütterberatung	Einrichtungen des Gesundheitsdienstes und Mütterberatungsstellen auf Auslastung prüfen, ggfs. Angebote reduzieren
	412	Gesundheitsamt	Freiwillige Leistungen des Gesundheitsamtes überprüfen. Leistungen einstellen, die nicht gesetzlich vorgeschrieben sind und in gleicher Weise von Ärzten oder Krankenhäusern erbracht werden können
	4144 Gesundheitsschutz	Gebühren	Bei Amtshandlungen Gebührenrahmen der AllGO LSA in rechtlich zulässiger Höhe ausschöpfen. Kostendeckende Verwaltungsgebühren erheben
	4141 Gesundheitsförderung	Leistungsfähigkeit	Freiwillige Zuschüsse an Beratungsstellen für Suchtkranke an Leistungsfähigkeit ausrichten, ggfs. reduzieren
	418 Kur- und Badebetrieb	Privatisierung	Einem Kurbetrieb zuzuordnende Bade- und Sporteinrichtungen auf Rentierlichkeit prüfen, ggfs. Rückbau, Privatisierung oder Schließung
	42 Sportförderung	Leistungsfähigkeit	Eigene Aktivitäten der Sportförderung der Leistungsfähigkeit anpassen
	4211 Sportförderung		Von Bewerbung von Sportmaßnahmen grds. absehen. Aktivitäten Dritter unterstützen oder gänzlicher Verzicht

	4211	Ehrenamt Sponsoring	Auf Durchführung eigener Sportveranstaltungen verzichten. Grds. Übertragung auf Vereine. Entgelterhebung bei Teilnehmern. Sponsoring einwerben
	4211	Repräsentation	Repräsentationsaufwand für Sportlehrungen auf Minimum beschränken, Sponsoren einwerben
	4211	Förderung	Subventionierung von Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen vereinseigener Sportstätten in Bezug auf Erforderlichkeit (Möglichkeit von Eigenarbeiten, Fördermöglichkeiten anderer öffentlicher Stellen) bzw. der Höhe der Fördersätze prüfen. Ggfs. Förderung reduzieren oder einstellen.
	4211		Zuschüsse an Sportvereine von objektiven Kriterien (Anzahl Mitglieder Sportangebot) abhängig machen, Höhe an Leistungsfähigkeit ausrichten, ggfs. reduzieren
	4211		Verwendungsnachweise bei Zuschuss-Gewährung konsequent prüfen
	4211		Geldwerte Sachleistungen an Sportvereine auf Unabweisbarkeit prüfen, ebenso die indirekten Zuschüsse in Form von Bauhofleistungen
	4211		Auf Kreisebene Praxis der direkten Sportvereinsförderung hinterfragen
	4241 Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen	Sportstätten	Kostendeckungsgrade bei Sportstätten, die nicht ausschließlich für den Schulsport genutzt werden, erhöhen
	4241		Bedarf und Ausstattung von Sportstätten und Sportanlagen nebst dazugehöriger Sportgeräte bedarfsgerecht und leistungsfähigkeitsangemessen auf das Mindestniveau beschränken. Analyse vorhandener Einrichtungen auf Betriebskosten und Instandsetzungsaufwand.
	4241	Privatisierung	Privatisierung kommerziell nutzbarer Einrichtungen wie Kegelbahn, Bowlingbahn, Tennisplätze, Reithalle sofern nicht voll rentierlich betreibbar.
	4141	Ausnutzungsgrad	Optimale Ausnutzung von Anlagen durch Mehrfachnutzung sicherstellen
	4241	Energiekosten	Raumtemperatur von Sporthallen intelligent steuern
	4241		Innenbeleuchtung auf LED-Technik umrüsten
	4241		Energiesparcontracting prüfen
	4241	Stellenbedarf	Einsatz kommunaler Hallen- und Platzwarte kritisch prüfen, ggfs. Ehrenamtliche beauftragen oder Leistungen an Vereine übertragen
	4241	Privatisierung	Vertragliche Übertragung von Sportstätten an gemeinnützige Sportorganisationen zur vorrangigen Nutzung bei vollständiger oder überwiegender Übernahme der Unterhaltung und Bewirtschaftung (§ 12 Abs. 2 SportFG)
	4241		Bei Überlassung von Sportstätten zur kommerziellen Nutzung kostendeckendes Entgelt erheben (§ 12 Abs. 3 SportFG)

	4241	Kostenbeteiligung	Angemessene Beteiligung gemeinnütziger Sportorganisationen an den Betriebskosten für die Nutzung von Sportstätten sicherstellen (§ 11 S.3 SportFG). Betriebskostenverordnung analog zugrunde legen. Beteiligungsquote an konkreter Sportstättenqualität ausrichten, jedoch ungebührliche Beitragsauswirkung vermeiden. Erzielte Einsparungen honorieren
	4241	Entgeltliche Überlassung	Prüfen, ob die Überlassung ausnahmsweise entgeltlich erfolgen kann (vgl. § 11 S.2 SportFG).
	4241	Einnahmeerzielung	Werbeflächen der Sportstätten und Sportanlagen vermieten bzw. den Sportvereinen nur gegen angemessenen Anteil der Werbeeinnahmen zur Verfügung stellen. Sponsoren einwerben
	4242 Bereitstellung und Betrieb von Bädern	Leistungsfähigkeit	Bedarf und Ausstattung von Bädern bedarfsgerecht und leistungsfähigkeitsangemessen auf das Mindestniveau (unter Berücksichtigung benachbarter kommunaler und privater Angebote) beschränken. Analyse vorhandener Einrichtungen auf Betriebskosten und Instandsetzungsaufwand. Bad in kommunaler Zusammenarbeit betreiben.
	4242	Privatisierung	Betrieb von nicht voll rentierlichen Solarien, Saunas, Fußpflegeeinrichtungen, Schwimmbadgaststätten verpachten
	4242	Kostendeckung	Kostendeckungsgrad erhöhen. Öffnungszeiten auf rentierliche Phasen einschränken (Hallenbad im Sommer schließen, Freibad nur wetterabhängig öffnen),
	4242	Energiekosten	Wassertemperatur ggfs. senken und intelligent steuern. Energiesparcontracting prüfen
	4242	Personalkosten	Flexibilisierung von Arbeitsverträgen und Optimierung des Betriebsablaufs
	4242	Ehrenamt	Kassendienst durch ehrenamtliche Personen erledigen lassen
	4242	Förderverein	Durch Gründung eines Fördervereins Zuschussbedarf senken
	4242	Privatisierung	Übertragung von Eigentum oder Unterhaltung („Schlüsselgewalt“) der Einrichtung auf Vereine
	4242		Verpachtung der Einrichtung an Private
	4242	Kostendeckung	Eintrittspreise anpassen, Werbeflächen vermieten
5 Gestaltung der Umwelt			
	5111 Räumliche Planung	Planungen	Vorbereitung von planerischen Stellungnahmen gemeinsam mit Nachbarkommunen durchführen, Reduzierung des Aufwands für externe Berater

	5111	Investor	Mit Durchführungsvertrag zu vorhabenbezogenen Bebauungsplan (§ 12 BauGB) Investor zur Übernahme sämtlicher Planungs- und Erschließungskosten verpflichtet
	5111	Baugebiete	Erschließung neuer Baugebiete nur dann vornehmen, wenn vorhandene Infrastruktur unter Berücksichtigung demographischer Entwicklung ausgelastet ist (Vorrang der Innenverdichtung)
	5112 Räumliche Entwicklung	Sanierungsgebiete	Konsequente Erhebung von Ausgleichsbeträgen (§ 154 BauGB)
	5113 Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten	Gebühren	Abgabe von Karten und Plänen o.ä. nur gegen kostendeckende Gebühren und Auslagen
	5113	Veröffentlichungen	Verzicht auf eigene Erstellung von Stadt-/ Ortsplänen, sofern durch Werbung keine Kostendeckung erzielbar ist
	5116 Grundstückswertermittlung	Gebühren	Kostendeckende Auskünfte für Bodenrichtwertauskünfte festsetzen
	5221 Wohnungsbauförderung	Förderung	Verzicht auf Bezuschussung Privater für Wohnungsbau, Modernisierungs-, Schallschutz, und Energieeinsparmaßnahmen
	5221	Wohnungsgesellschaft	Bei Wohnungsgesellschaft Eigenkapitalverzinsung abschöpfen. Bei Unrentierlichkeit trotz eigener Konsolidierung Gesellschaftsanteile veräußern, ggfs. unter Mitwirkungs- und Sozialklausel
	5231 Denkmalschutz und -pflege	Denkmäler	Pflege- und Unterhaltungsaufwand bei Denkmälern, Ausgrabungsstätten, Mahnmalen, Gedenkstätten reduzieren. Ggfs. Übertragung an Ehrenamtliche, Kuratoren, Vereine
	53 Ver- und Entsorgung	Konzessionsabgabe	Konzessionsabgaben für Wasser, Abwasser, Strom, Gas, Fernwärme in gesetzlich maximaler Höhe erheben
	5311 Elektrizitätsversorgung	Windenergie	Möglichst umfassende Beteiligung an der Wertschöpfungskette durch Pacht-, Betriebs- oder Beteiligungsmodelle ggfs. in interkommunaler Zusammenarbeit
	533 Wasserversorgung	Trinkwasser Gebühren	Kostendeckende Gebühren erheben. Eigenkapitalverzinsung in rechtlich möglichem Rahmen (§ 5 Abs. 2 a KAG LSA) erwirtschaften.
	533	Umlagen	Bei Mitgliedschaft in einem Zweckverband darauf hinwirken, dass Umlagen weitest möglich vermieden werden. Keine Spenden- oder Sponsorentätigkeit durch Zweckverband zulassen
	537 Abfallwirtschaft	Abfall Gebühren	Kostendeckende Gebühren erheben. Eigenkapitalverzinsung in rechtlich möglichem Rahmen (§ 5 Abs. 2 a KAG LSA) erwirtschaften.

	537	Umlagen	Bei Mitgliedschaft in einem Zweckverband darauf hinwirken, dass Umlagen weitest möglich vermieden werden. Keine Spenden- oder Sponsorentätigkeit durch Zweckverband zulassen
	538 Abwasserbeseitigung	Niederschlagswasser Schmutzwasser	
	538	Gebühren	Kostendeckende Gebühren erheben. Eigenkapitalverzinsung in rechtlich möglichem Rahmen (§ 5 Abs. 2 a KAG LSA) erwirtschaften
	538	Umlagen	Bei Mitgliedschaft in einem Zweckverband darauf hinwirken, dass Umlagen weitest möglich vermieden werden. Keine Spenden- oder Sponsorentätigkeit durch Zweckverband zulassen
	5411 Gemeindestraßen-Maßnahmen	Bürgerbeteiligung	Frühzeitige Bürgerbeteiligung bei Bau- und Verkehrsprojekten vorsehen, um kostenträchtige Rechtsbehelfsverfahren zu vermeiden
	5411	Leistungsfähigkeit	Bau- und Ausbaustandards bei Straßen an Leistungsfähigkeit ausrichten, ggfs. reduzieren
	5411		Straßenausbauprogramme unter Einbeziehung der demographischen Entwicklung sowie bei veränderten örtlichen und regionalen Gegebenheiten stetig anpassen. Prüfen, ob eine Reduzierung von Straßenflächen sinnvoll ist, um Kosten für die Unterhaltung und die Ableitung von Niederschlagswasser einzusparen
	5411	Bewirtschaftung	Errichtung von Kreisverkehren, um eine allmähliche Reduzierung von unterhaltungsaufwendigen Ampelkreuzungen zu realisieren, Zeitpunkt der Amortisation ermitteln
	5411	Instandhaltung	Nutzung von Absperrpfosten mit Sollbruchstelle, um bei Beschädigung Ausgaben für Erneuerung der Straßenoberfläche zu sparen
	5411	Privatisierung	Straßenunterhaltung durch private Dienstleister oder in interkommunaler Kooperation vornehmen
	5411	Bewirtschaftungskosten	Reduzierung der Pflege des Straßenbegleitgrüns durch Aufgabe oder Minderung des Bestands, bauliche Maßnahmen, Übertragung der Pflege auf Paten, Veräußerung von Grundstücken.
	5411	Erschließung Städtebaulicher Vertrag	Erschließungskosten durch Vereinbarung gemäß § 11 Abs. 1 Nr. 1 , Abs. 2 BauGB vollständig (ohne gemeindlichen Eigenanteil) vom Vertragspartner (auch von Mit-/Eigengesellschaften) übernehmen lassen
	5411	Erschließungsbeitrag	Erhebung von Erschließungsbeiträgen einschließlich Vorausleitungen in größtmöglichem rechtlichen Rahmen

	5411	Sondernutzungsgebühren	Konsequente Gebührenfestsetzung für Sondernutzungen von öff. Straßen, Plätzen, Flächen
	5412	Gemeindestraßen-Verkehrsanlagen	Betriebskosten
	5412		Ampelanlagen temporär (z.B. nachts, am Wochenende, in den Schulferien) abschalten
	5412		Ampelanlagen und Verkehrszeichen bei Rentierlichkeit auf LED-Technik umrüsten
	5421	Kreisstraßen – Maßnahmen	Siehe 5411
	5422	Kreisstraßen-Verkehrsanlagen	Siehe 5412
	5451	Straßenreinigung, Winterdienst, Straßenbeleuchtung	Energiekosten
	5451		Rückbau von Beleuchtungsanlagen. Dichte von Beleuchtungsanlagen reduzieren. Nächtliche Abschaltungen, sofern nicht Gefahrenpunkte betroffen.
	5451		Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technologie möglichst unter Weiternutzung vorhandener Leuchten, ggfs. über Contracting-Modell
	5451	Instandhaltung	Unterhaltung der Straßenbeleuchtung in interkommunaler Zusammenarbeit durchführen oder privatisieren, ggfs. Contracting-Modell
	5451	Energiekosten	Straßenbeleuchtung mit Dimmtechnik ausstatten
	5451		Einsatz bedarfsgerechter Straßenbeleuchtung in bestimmten Bereichen „Licht per Anruf“
	5451		Straßenbeleuchtung in Verbindung mit Bewegungsmeldern in bestimmten Bereichen einsetzen
	5451	Einnahmen	Laternenmastwerbung einführen
	5451	Gebühren Straßenreinigung / Winterdienst	Weitestmögliche Kostendeckung durch Satzung gemäß § 50 Abs.1 Nr.3 StrG LSA herbeiführen, sofern keine Übertragung der Pflichten auf Eigentümer oder Besitzer der erschlossenen Grundstücke erfolgt
	5451	Privatisierung	Wirtschaftlichkeitsvergleiche zur Erledigung der Straßenreinigung und des Winterdienstes zwischen eigener oder interkommunaler oder privatisierter Erledigung durchführen.
	5451	Bewirtschaftungskosten	Einsatzintervalle für Kehrmaschinen verlängern
	5451	Poolausschreibung	Interkommunal gemeinsame Beschaffung von Auftausalzen und Streugut
	5451	Betriebskosten	Erledigung des Winterdienstes auf verkehrswichtige Straßen und gefährliche Gefahrenpunkte beschränken.
	5461	Parkplätze/ -häuser	Parkgebühren
			Entgelte für die Inanspruchnahme öff. Parkplätze und Parkbauten einführen bzw. erhöhen, ggfs. bei Händlerschaft für Vergütung werben.

	5461	Anwohnerparken	Einführen von Anwohnerparkausweisen
	5461	Einnahmen	Vermarktung möglicher Werbeflächen auf Parkplätzen und in Parkhäusern
	5461		Parkentgelte auch für eigenes Personal einführen
	5461	Privatisierung	Rentierlichkeit von Parkplätzen prüfen, ggfs. verpachten
	5461		Rentierlichkeit von Parkhäusern und Tiefgaragen prüfen, ggfs. veräußern oder verpachten
	547 ÖPNV	Zuschussreduzierung	Reduzierung des Fahrplanangebots. Saison- und Nebensaison (Schulferien-) Fahrpläne. Taktreduzierung und Anpassung der Streckenführung.
	547	Rufbus	Auf ausgewählten Strecken und/ oder zu bestimmten Zeiten Einsatz von Rufbussen
	547	Privatisierung	Vergabe von Busleistungen ganz oder teilweise (z.B. nur Schülerverkehr) an Dritte
	547	Veröffentlichungen	Verzicht auf kostenfreie Fahrplanhefte. Fahrpläne im Internet breitstellen
	547	Privatisierung	Veräußerung von Verkehrsgesellschaften bzw. Anteilen
	547	Bürgerbus	Ergänzung des ÖPNV-Netzes durch Bürgerbusse
	547	Einnahmen	Bereitstellung von Werbeflächen an Haltestellen und in Bussen und Bahnen
	5511 Öffentliches Grün/ Landschaftsbau	Leistungsfähigkeit	Park- und Grünanlagen an Leistungsfähigkeit ausrichten, ggfs. reduzieren
	5511	Bewirtschaftung	Pflegintensive Bereiche umgestalten. Auf Wechselbepflanzungen/ Pflanzinseln/ Blumenschmuck verzichten. Pflegestandards senken.
	5511	Sponsoring	Für den Betrieb von Zierbrunnen Sponsoren („Brunnenpaten“) gewinnen, sonst einstellen
	5511		Neue Sitzbänke nur anschaffen, wenn diese (und ihre Pflege) gesponsert werden
	5511	Bürgerschaftliches/ gewerbliches Engagement	Initiierung eines Aktionsprogramms für die Übernahme von Pflege und Verschönerung von öffentlichen Grünflächen durch Vereine und Private, um systematisch Unterstützungsstrukturen zu schaffen. Patenschaften für Grünpflegearbeiten mobilisieren (Bürger einbinden). Pflege von kleineren Grünflächen (Straßengrün oder Pflanzkübel) auf private (gewerbliche) Anlieger in Form von Patenschaften übertragen
	5511	Privatisierung	Wirtschaftlichkeit eigener Gärtnereien kritisch (z.B. Auslastung technischer Geräte) prüfen. Vergleich mit Angeboten Privater. Aufgabe ggfs. ganz oder teilweise privatisieren.

552 Öff. Gewässer/ wasserbauliche Anlagen	Zuschussreduzierung	Satzung zur weitest möglichen Abwälzung der Verbandsbeiträge schaffen, ggfs. mit Mindestumlage ( § 56 WG LSA), Kleinbeträge mitsamt anderen Abgaben festsetzen
553 Friedhofs- und Bestattungswesen	Zuschussreduzierung	
5531 Friedhöfe	Leistungsfähigkeit	Beschränkung auf bedarfsgerechte und leistungsfähigkeitsangemessene Anzahl von Einrichtungen unter Wahrung der Ruherechte
5531	Bewirtschaftungskosten	Bedarf und Realisierung von Baumgrabstätten prüfen
5531		Nicht mehr benötigte Friedhofsflächen entwidmen und als Kompensationsflächen nutzen
5531		Pflegeaufwand durch naturnahe Begrünung begrenzen, Grabpflegearbeiten sowie Aushub und Herrichten des Grabes und Leichenbeförderung Privaten übertragen. Ungepflegte Grabstätten konsequent einziehen bzw. Gräber nach Ende der Mietzeit abräumen und Wiedernutzung nach Ablauf der Ruhezeit durchführen
5531	Gebühren	Kostendeckende Gebühren im Friedhofs- und Bestattungswesen erheben. Gestaltungsspielraum nutzen. Nicht gebührenfähige Grünanteile von Einrichtungen nach Möglichkeit verkleinern
5531	Privatisierung	Sofern kein rentierlicher Betrieb eigener Friedhofsgärtnerei möglich, Gärtnereiarbeiten auf Private übertragen
5532 Krematorien	Privatisierung	Sofern kein rentierlicher Betrieb möglich, privatisieren
5541 Naturschutz und Landschaftspflege	Zuschussreduzierung	Freiwillige Förderung für Naturschutz/ Tierschutz an Leistungsfähigkeit ausrichten, ggfs. reduzieren
5551 Land- und Forstwirtschaft	Einnahmen	Steigerung des Ist-Einschlages im kommunalen Forst. Ermittlung der Rentierlichkeit neuer Geschäftsfelder wie z.B. Vermarktung von Energieholz und Lagerung
5551	Vermögensverwertung	Veräußerung kommunaler Forstflächen
5611 Umweltinformation und -koordination	Zuschussreduzierung	Zuschüsse für Solar- und Energieberatungszentren reduzieren oder streichen
5612 Besondere Dienstleistungen im Umweltmanagement	Ehrenamt	Freiwillige Leistungen, die sich aus Klimaschutz und Agenda 21 ergeben, auf Vereine, Stiftungen, Ehrenamtliche verlagern
5612	Zuschussreduzierung	Angebote im Bereich Umweltberatung im Umfang reduzieren oder streichen
5614 Schutzmaßnahmen Luft, Klima und Lärm	Zuschussreduzierung	Förderprogramme für Photovoltaikanlagen oder energetische Sanierung von Privatgebäuden reduzieren oder streichen

5711 Wirtschaftsförderung	Marketing	Wirksamkeit von Marketingmaßnahmen kritisch prüfen. Grds. Verzicht auf Gutachten, wirtschaftliche Stärken und Schwächen können auch in Zusammenarbeit mit örtlichen Gewerbetreibenden bzw. deren verbandlich organisierten Zusammenschlüssen ermittelt werden
5711	Ansiedlung	Ansiedlungswerbung nur in Bereichen mit realistisch hohen Erfolgsaussichten, Betreuung vorhandener Gewerbebetriebe (Bestandspflege, Erweiterungsoptionen) strukturieren. Neuansiedlungen nach Kriterien wie Gewerbesteuer- oder Arbeitsplatzpotential priorisieren
5711	Liegenschaftsmanagement	Strategie des Liegenschaftsmanagements auf Bedürfnisse der Wirtschaftsförderung abstimmen, z.B. durch prospektive An – und Verkäufe von Grundstücken sowie bei der Erschließung
5711	Gewerbliches Engagement	Aktivitäten zur Wirtschafts- und Gewerbeförderung wie z.B. gewerbliche Ausstellungen, Weihnachtsbeleuchtungen, Märkte, dem Einzelhandel, Gewerbetreibenden, Werbegemeinschaften etc. anvertrauen
5711		Lokale Unternehmenszusammenschlüsse zur Aufwertung kommunaler Quartiere (Marktplätze, Einkaufszonen) initiieren
573 Allgemeine Einrichtungen und Wirtschaftliche Unternehmen		
5731 Allgemeine Einrichtungen, Wirtschaftliche Unternehmen	Gebühren	Kostendeckende Gebühren/ Entgelte bei Jahr-/ Weihnachts- und Wochenmärkten erheben
5731		Kostendeckende Gebühren/ Entgelte bei Erholungsstätten und Campingplätzen erheben
5751 Tourismus	Leistungsfähigkeit	Zuschuss dem unbedingten Bedarf und der Leistungsfähigkeit anpassen, ggfs. reduzieren oder streichen
5751	Marketing	Wirksamkeit von Marketingmaßnahmen kritisch prüfen. Doppelangebote unterbinden. Auf kostenintensive Publikationen zugunsten Internetangeboten verzichten
5751	Abstimmung	Gemeinsame Maßnahmedurchführung, Werbestrategien und Veranstaltungsabstimmungen mit Nachbarkommunen, insbesondere zur Ergänzung von touristischen Angeboten
5751	Verbandsmitgliedschaft	Mitgliedschaften in Verbänden und Organisationen hinsichtlich Zielerreichung auf Erforderlichkeit prüfen. Ggfs. profitierende Unternehmen an Kosten beteiligen

	5751	Stellen Personalkosten	Ggfs. Verzicht auf feste Anstellungen, dafür Einsatz von Saisonkräften erwägen
	5751	Ehrenamt	Vereine, Ehrenamtliche für die Beschilderung von Wanderwegen gewinnen
	5751	Sponsoring	Sponsoring von Parkbänken, Hinweistafeln, Beschilderung einwerben
6 Zentrale Finanzleistungen			
	6111 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen		
	6111	Veranlagungsmanagement	Veranlagungsmanagement Realsteuern: Selbständige und unverzügliche Vornahme von Vorauszahlungsanpassungen wegen Liquidität, auch bei neuen Betrieben. Aktive Beeinflussung der Buchungstermine im Hinblick auf Vollverzinsung gemäß § 223a AO.
	6111	Hundesteuer	Festsetzung/ Anpassung. Bestandsaufnahme durchführen, ggf. auf privaten Dienstleister zurückgreifen (§ 10 KAG-LSA)
	6111	Zweitwohnungssteuer	Festsetzung/ Anpassung. Keine Degression vorsehen, Progression grds. möglich. Auch für Bungalows, Datschen o.ä., sofern Ver- u. Entsorgungseinrichtungen in vertretbarer Nähe.
	6111	Stellplatzsteuer Dauer-camper	Festsetzung/ Anpassung
	6111	Übernachtungssteuer	Festsetzung/ Anpassung
	6111	Kurtaxe	Festsetzung /Überprüfung auf mögliche vollständige Kostendeckung, ggfs. zusammen mit betriebl. Tourismusabgabe
	6111	Betriebliche Tourismus-abgabe	Prüfung, ob Anwendungsbereich aufgrund Übernachtungsanzahl auch ohne staatl. Anerkennung eröffnet ist. Festsetzung /Überprüfung auf mögliche vollständige Kostendeckung, ggfs. zusammen mit Kurtaxe
	6111	Vergnügungssteuer	Festsetzung/ Anpassung insbesondere von Karten-, Spielgeräte-, Musikgerätesteuer
	6111	Verwaltungskostensatzung	Überprüfung auf vollständige Kostendeckung